



Newsletter 11/22, 30. November 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

im November haben wir einmal mehr bewiesen: Opposition wirkt! Als CDU/CSU ist uns ein guter Kompromiss gelungen: Wir konnten uns über den Bundesrat und die Landesregierungen in den Verhandlungen um das Bürgergeld durchsetzen. Hierbei handelt es sich um einen ganz normalen Vorgang in der Entscheidungsfindung zwischen Bund und Ländern. Die schnelle und gute Einigung zeigt, dass wir als konstruktive und lösungsorientierte Opposition in unserer demokratischen Kultur unsere Ziele verfolgen und einbringen können.

Inhaltlich ist für uns das Wichtigste: Es bleibt beim erfolgreichen Prinzip des „Förderns und Forderns“, das Millionen Menschen in der Vergangenheit in Arbeit gebracht hat. Damit geht unser Land nicht den geplanten Irrweg der Scholz-Regierung, das erfolgreiche System der Grundsicherung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen aus Steuermitteln zu verändern. „Fördern und Fordern“ heißt, dass wir alles dafür tun, damit Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Dies ist eine Frage des Respekts vor den Arbeitssuchenden sowie vor den Menschen, die mit ihrer Arbeit, ihren Steuern und Abgaben, diese Solidarität erst möglich machen. Sie dürfen zurecht erwarten, dass diejenigen, die staatliche Hilfe erhalten, sich nach Kräften bemühen, schnellstmöglich wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Staatliche finanzielle Sicherung ist keine Einbahnstraße: Wer Grundsicherung erhält, muss

vom ersten Tag an volle Unterstützung bekommen, hat aber auch Mitarbeitspflichten. Daher werden auch weiterhin Leistungen für Langzeitarbeitslose an die Mitwirkung der Empfänger geknüpft sein. Auch dies war von Beginn der Verhandlungen an eine unserer Kernforderungen.

Mit dem zügig erzielten Kompromiss ist es außerdem gelungen, dass die Regelsätze der Grundsicherung nun wirklich zum 1. Januar 2023 steigen können. Angesichts der vielfältigen aktuellen Preissteigerungen ist dies eine sehr wichtige Unterstützung für die Menschen, die diese Hilfe dringend brauchen!

Wir befinden uns bereits in der ersten Adventswoche. Der Advent beginnt mit der Vesper am Vorabend des ersten Adventssonntags und mit ihm auch das neue Kirchenjahr. Advent (lateinisch adventus = Ankunft), bezeichnet die Jahreszeit, in der wir Christen uns auf das Fest der Geburt Jesu Christi vorbereiten. Ich wünsche uns allen, dass wir trotz der aktuell turbulenten Zeiten eine besinnliche Adventzeit verbringen und etwas Ruhe und Kraft tanken können!

Mit herzlichen, vorweihnachtlichen Grüßen!

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Meine 8. Rede im Bundestag

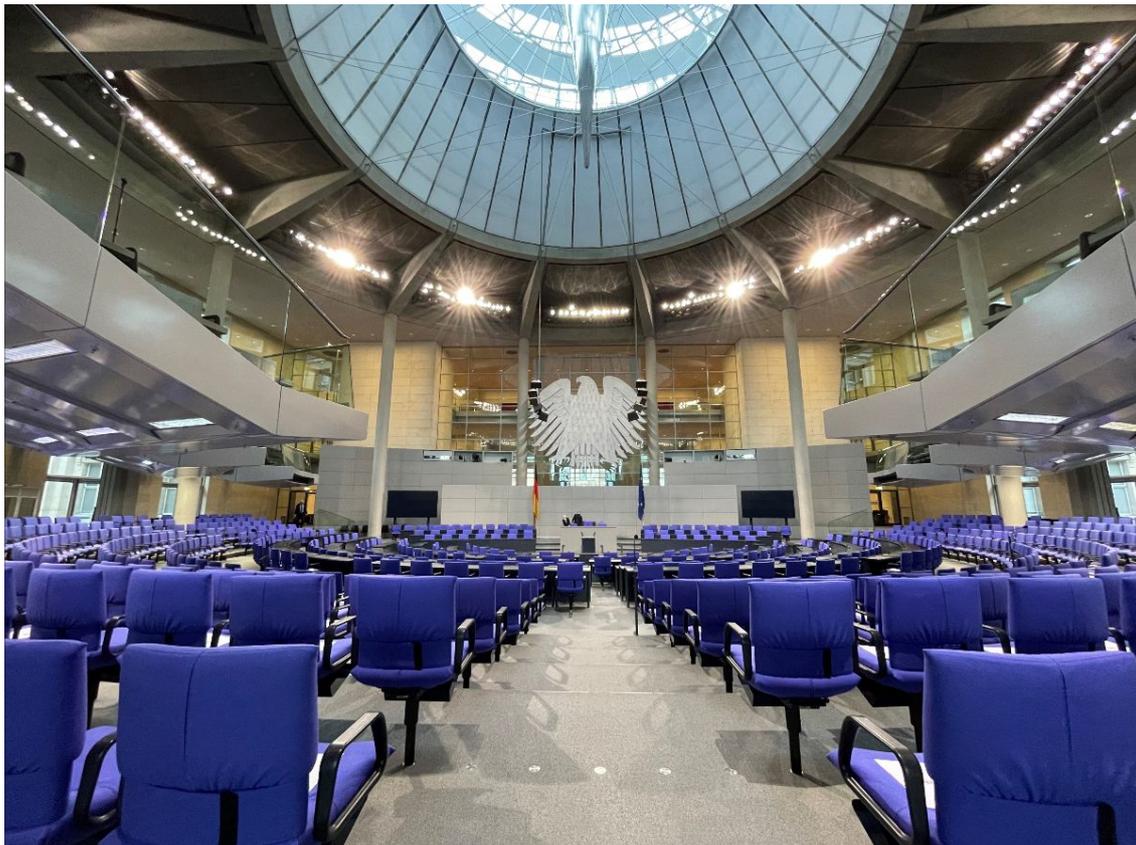
In meiner 8. Rede im Bundestag habe ich mich mit den neuen Regeln der Ampel-Koalition zur Triage im Infektionsschutzgesetz befasst:

Würde das Bundesverfassungsgericht jetzt ein Urteil zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden Triage fällen, käme deutlich klarer zum

Ausdruck, dass der Auftrag an die Politik lautet, umfassende Vorsorge zu treffen für Menschen mit Behinderung! Nicht nur für eine Pandemie-Situation, sondern auch für Großschadensereignisse, Naturkatastrophen und Terror-Anschläge jeder Art. Denn genau das ist Auftrag der Politik und einer sorgenden Regierung: Aufträge im Spiegel der Zeit zu sehen, zu bedenken, welche Wirkungen und Gefahren eine solche Zeitenwende auf die soziale Infrastruktur und die medizinische Versorgung der Menschen hat.

Es fehlt im Gesetz die Klärung der Frage nach der Diskriminierung vor der eigentlichen Triage-Entscheidung, also die Triage vor der Triage. Menschen, die in Pflegeeinrichtungen oder besonderen Wohnformen leben, dürfen nicht ohne Betrachtung der einzelnen Person von einer Krankenhausaufnahme ausgeschlossen werden, um Betten im Krankenhaus freizuhalten. Ebenso fehlt die Aufnahme behinderungsspezifischer Besonderheiten und Auswirkungen auf die komplexe ethische "Fragestellung der Triage" in die Aus- und Weiterbildung von medizinischen und pflegerischen Berufen.

Deshalb greift für die CDU/CSU dieses Gesetz zu kurz, deshalb haben wir einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt, der auf wichtige ungeklärte Fragestellungen hinweist. Vertreter:innen der Regierungskoalition haben bereits in der Debatte gesagt, es sei nur ein erster Baustein, sie würden nachsteuern. Daher drängte sich mir diese Frage auf: "Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, wieviel Zeit wollen Sie sich lassen, warum machen Sie es nicht gleich richtig, greifen unsere Kritikpunkte auf und legen einen weitsichtigen Gesetzesentwurf vor?!"

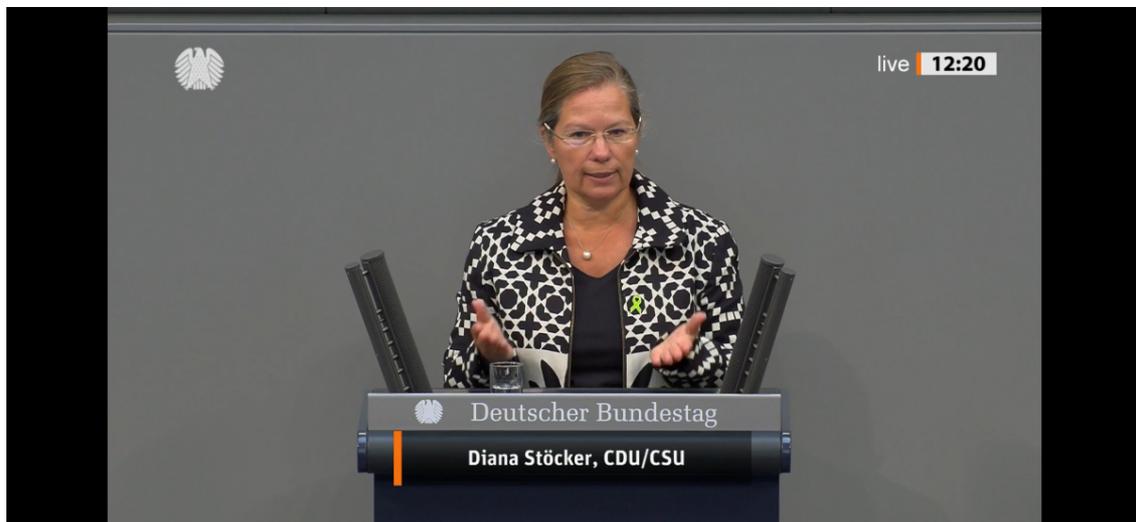


Plenarwoche 07. November - 11. November

In unserem Leitantrag der ersten Plenarwoche im November haben wir gefordert, dass Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestraft und Menschen

sowie Kulturgüter vor dem radikalen Protest besser geschützt werden. Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Mittlerweile sind einige Fälle bekannt geworden, in denen Rettungskräfte bei der Bergung von Verletzten durch die blockierten Straßen behindert wurden. Bei dieser Form des Protests handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats für Straßenblockierer und Museumsrandalierer, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung.

Auch unser Antrag "Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors – Technologieoffenheit gewährleisten" stand in dieser Woche auf der Tagesordnung. Nach dem EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 gab es einen veritablen Koalitionskrach in der Ampel. Aber auch mehrere Wochen danach gab es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen synthetischer Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist noch nicht recht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren "Prüfauftrag" umsetzen wird, der lediglich in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot fixiert ist. Unser Antrag griff dies auf und konkretisierte in zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Ampel-Koalition und der Linken abgelehnt.



Meine 9. Rede im Bundestag

Ein Haushalt darf sich nicht ausschließlich am Wunschkonzert eines Koalitionsvertrages orientieren. Es gibt auch außerordentliche Aufträge für neue gesetzliche Regelungen, zum Beispiel durch das Bundesverfassungsgericht. Ein solcher Auftrag ist, den begleiteten Suizid neu zu regeln.

Zur Regelung des begleiteten Suizids liegen drei sehr unterschiedliche Gesetzesvorschläge vor, über die im Frühjahr kommenden Jahres entschieden werden wird. Alle Vorschläge sprechen sich für den Ausbau und die Stärkung von Suizidprävention sowie von Hospiz- und Palliativangeboten aus. Die Erfahrung zeigt, dass bei sehr vielen

Menschen mit suizidalen Gedanken hinter diesem Ansinnen ein Hilferuf nach einem erträglichen und menschenwürdigen Leben steht. Im Rahmen der Suizidprävention muss es deshalb oberstes Ziel sein, mit Menschen, die einen Suizid in Erwägung ziehen, in Beziehung zu treten und gemeinsam die hinter dem Wunsch zu sterben verborgenen Aussichtslosigkeiten zu begreifen, damit auch andere Wege aus der Krise denkbar werden können.

Daher sind eine Reihe an Maßnahmen dringend notwendig:

- die Verbesserung der psychologischen, psychotherapeutischen und psychiatrischen Regelversorgung sowie den Erlass spezifischer Regelungen zur Verbesserung der allgemeinen Suizidprävention
 - der flächendeckende Ausbau der Anzahl der Kassensitze niedergelassener psychologischer und medizinischer Psychotherapeut:innen und Psychiater:innen, um eine schnelle und dauerhafte Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen gewährleisten zu können
 - der Ausbau flächendeckender sowie Tag und Nacht geöffneter psychiatrischer und psychotherapeutischer Kriseninterventionsangebote für Menschen in einer akuten psychischen Notlage im Netzwerk mit bestehenden Diensten und Einrichtungen
 - die Stärkung der Palliativversorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen für schwerstkranken Menschen
 - die regelhafte Integration psychosozialer Fachkräfte in die spezialisierte ambulante Palliativversorgung
 - die gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu hospiz-palliativer Beratung, Begleitung und Versorgung
- Alle diese Punkte müssen finanziell hinreichend im Haushalt abgesichert sein. Im Haushalt 2023 findet sich davon – nichts! Dies ist, gerade vor dem Hintergrund der an das Gesundheitsministerium gestellten Forderung nach einer nationalen Suizidpräventionsstrategie im Rahmen des Nationalen Präventionsplans, nicht zu Ende gedacht. Denn der Plan soll erst bis April 2024 vorliegen. Bis zur Umsetzung wird wichtige Zeit verstreichen, obwohl bereits jetzt klar ist, was zu tun ist!



Plenarwoche 21. November - 25. November

In der zweiten Plenarwoche ging es im Bundestag um viel Geld: Der Haushalt Deutschlands für das Jahr 2023 wurde im Plenum debattiert und abgestimmt. Wir als CDU/CSU haben zum Haushalt 269 Anträge gestellt, um wichtige Themen einzubringen und einen besseren Haushalt zu schaffen.

Leider ist der Haushalt der Ampel-Koalition handwerklich schlecht gemacht, beinhaltet massive neue Schulden namens "Sondervermögen", ebenso Schattenhaushalte in dreistelliger Milliardenhöhe, die die Regierung neben dem regulären Haushalt aufgestellt hat. Sparen? Fehlanzeige! Wenn Ausgaben reduziert werden, dann für sehr wichtige Programme wie die SprachKITAs. Für 2023 plant die Bundesregierung Ausgaben von fast 500 Milliarden Euro, fast 50 Milliarden davon als neue Schulden. Dabei wäre in Krisenzeiten Sparen das Gebot der Stunde!

Leidtragende sind die kommenden Generationen, denn diese müssen die Schulden bezahlen. Wobei unsere Kinder und Enkel nicht nur die Tilgung schultern müssen, sondern auch die steigenden Zinsen. Plus die Schulden aus den "Sondervermögen" für Bundeswehr, Entlastungspaket und Klimafonds. Diese belaufen sich auf stolze 360 Milliarden Euro. Zusätzlich zu einem regulären Bundeshaushalt, der bereits rund 470 Milliarden Euro beträgt.

Im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist übrigens bislang kein einziger Beschaffungsauftrag erteilt worden! Und das Versprechen, den Verteidigungsetat jährlich um mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, wird gebrochen. Trotz des Krieges vor unserer Haustür sinkt der Etat für die Bundeswehr um fast 300 Millionen Euro.



Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Alljährlich findet Ende November der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Mit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU im Deutschen Bundestag haben wir bei verschiedenen Aktionen auf das Thema aufmerksam gemacht, zum Beispiel mit dem Hilfetelefon und Terre des Femmes. Denn Gewalt gegen und Diskriminierung von Frauen und Mädchen geht uns alle etwas an und betrifft jede/n Einzelne/n!

Diese erschreckenden Zahlen gelten bis heute:

Weltweit haben rund 27 Prozent aller Frauen mindestens einmal seit dem Alter von 15 Jahren körperliche und/oder sexuelle Gewalt in ihrer Partnerschaft erlebt.

Jedes Jahr werden in Deutschland mehr als 100 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet. Fast jeden dritten Tag gibt es eine Frauentötung, einen Femizid! Und sogar jeden Tag versucht ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu töten.

Wo gibt es Hilfe?

Unter 08000 116 016 und via Online-Beratung können sich Betroffene aller Nationalitäten, mit und ohne Behinderung - 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr beraten und helfen lassen. Auch Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte werden anonym und kostenfrei beraten.

Neues aus dem Wahlkreis



Fachgespräch zur Versorgung psychisch erkrankter Menschen und deren Angehöriger im Landkreis Lörrach

Auf meine Einladung haben Jörg Breiholz, Leiter Fachbereich Seelische Gesundheit der Diakonie im Landkreis Lörrach, Helga Fratanico und Gisela Reinert, beide von der Selbsthilfegruppe Schopfheim für Angehörige psychisch Kranker, Daniela Kufner, ehrenamtlich tätig in der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle für psychisch Erkrankte/psychisch behinderte Menschen und Angehörige, und ich über die Versorgungslage psychisch erkrankter Menschen in unserem Landkreis gesprochen.

Schnell war klar: Eine ortsnahe Vollversorgung der Betroffenen ist dringend notwendig, die Akutversorgung am Ort ist jedoch nicht gewährleistet! Dies liegt zum einen am Fachärztemangel, zum anderen am ständig steigenden Bedarf des Sozialpsychiatrischen Diensts bei gleichbleibender Personalkapazität.

Insbesondere in ländlichen Räumen ist es schwierig, eine psychotherapeutische Behandlung zu erhalten. Man müsste die Versorgungsbezirke anpassen und die Kassenärztliche Vereinigung Transparenz schaffen, was die Versorgungszahlen anbelangt. Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in der Psychiatrie fern des Wohnorts ist es für Patient:innen schwierig, nach der Entlassung in die Heimat Weiterbehandlungsstrukturen zu finden. Das sozialpsychiatrische Netz könnte hier vor Ort viel besser reagieren und für Stabilisierung sorgen, um in den Alltag zurückzufinden. Das Landespsychiatriegesetz schreibt darüber hinaus vor, dass die Menschen möglichst vor Ort behandelt werden sollen. Die Erreichbarkeit des Behandlungsorts ist für die Patienten sehr wichtig. Weil Psychiater und Psychotherapeuten überlastet sind, ist dies oft nicht zeitnah möglich. Eine wochenlange Wartezeit für ein Beratungsgespräch ist mittlerweile auch beim Sozialpsychiatrischen Dienst leider üblich.

Festgestellt wurde, dass es Bedarf nach einer weiteren Selbsthilfegruppe für Angehörige psychisch kranker Menschen im Landkreis gibt. Hier braucht es Personen, die sich dieser Aufgabe annehmen. Besonders tagesstrukturierende Angebote wie in Rheinfelden, Lörrach und bisher Schopfheim sind wichtig. Diese müssen auch weiterhin vom Kreis mitfinanziert werden!



Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CDU Südbaden

Bei der ersten Sitzung des neuen Arbeitskreises "Gesundheit und Pflege" der CDU Südbaden wurde ich zur Vorsitzenden gewählt. Vielen Dank für das Vertrauen! Mit verschiedenen Teilnehmer:innen aus der Gesundheitswirtschaft, Pflege, Behindertenhilfe, Politik und Verwaltung haben wir unter anderem die Themen festgelegt, mit denen wir uns am dringlichsten beschäftigen werden:

- medizinische Versorgung im ländlichen Raum
- Krankenhausstandort-Entwicklung: ambulante/stationäre Behandlung
- Fachkräftemangel in Gesundheit und Pflege
- Digitalisierung in der Gesundheitsbranche und Bürokratieabbau
- Mangel an Psychotherapieplätzen

Für unsere Auftaktveranstaltung hat uns Prof. Dr. Hagen Pfundner, Vorstand Roche Pharma AG, mit seinem Vortrag "Innovationen aus der Industriellen Gesundheitswirtschaft: Beste Versorgung und starker Wirtschaftsfaktor" wertvolle Impulse für unsere zukünftige Arbeit geliefert. Danke für den spannenden Input!



Gesundheitspolitische Gesprächsrunde zur Situation der RehaZentren in Baden-Württemberg

"Alarmstufe ROT" war das Thema der „Gesundheitspolitischen Gesprächsrunde“ der RehaZentren Baden-Württemberg mit meinem Kollegen Takis Mehmed Ali, dem ersten Direktor der DRV Baden-Württemberg, Andreas Schwarz, und Direktorin Saskia Wollny sowie Vertreter:innen verschiedener RehaZentren und -kliniken.

Berichtet wurde, dass die Arbeitsunfähigkeit 2022 in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht hat! Im Schnitt fehlten die versicherten Erwerbstätigen 9,1 Tage am Arbeitsplatz. Depressionen und Angststörungen sind nach Erkrankungen des Bewegungsapparates der zweithäufigste Grund für Ausfälle.

Im Gesundheitswesen sind Fehltage aufgrund einer psychischen Erkrankung am höchsten. Mitarbeiter:innen brennen aus, denn neben der Sonderbelastung Corona müssen sie den Mangel an Fachkräften kompensieren. Bis heute ist in Kliniken und Gesundheitszentren kein Alltag möglich. Die Mitarbeiter:innen sind am Anschlag durch Krisensitzungen, Umsetzen der Verordnungen, Durchführung von Tests bei Mitarbeitern und Patienten, Hygiene-Schulungen, Ausfall von Kolleginnen und Kollegen, Management von Patienten und Angehörigen. Außerdem kommen Patienten derzeit kränker in die Reha als früher.

Die deutschen Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sind darüber hinaus in einer schweren existenziellen Krise. Finanzielle Unterstützung ist unbedingt notwendig! Kosten von u.a. Lebensmitteln und medizinischem Bedarf sind gegenüber dem Vorjahr um 30% gestiegen, die Energiekosten um bis zu 400% explodiert. Lang im Voraus fixierte Vergütungserhöhungen reichen bei Weitem nicht mehr aus. Zusätzlich kommt es zu Belegungsrückgang durch Corona-Absagen und krankheitsbedingte Ausfälle. Ebenso entstehen 20% zusätzliche Kosten durch FFP2-Masken und Testpflichten!

Hier muss politisch unbedingt geholfen werden. Denn aus einer gesundheitsökonomischen Perspektive zahlt sich eine REHA immer aus: Ein in Reha und Vorsorge investierter Euro hat einen volkswirtschaftlichen Wert von fünf Euro!



Lärmsituation an der A5 in Bad Bellingen wird geprüft!

Engagement wirkt! Vor einigen Wochen habe ich mich postalisch an Bundesverkehrsminister Volker Wissing gewandt, um auf die untragbare Lärmsituation an der Autobahn 5 bei Bad Bellingen aufmerksam zu machen. Nun wurde mir mitgeteilt, dass Lärmschutzmaßnahmen für die A 5 bei Bad Bellingen geprüft werden!

Bad Bellingen ist ein staatlich anerkannter Kurort. Die Autobahn verursacht einen Dauergeräuschpegel, von dem vor allem der Kurpark betroffen ist. Die Gemeinde braucht dringend ein Lärmsanierungsprogramm. Angesichts immer weiter steigender Verkehrszahlen auf der A 5 steigt auch die Lärmbealstung in Rheinweiler und Bad Bellingen immer weiter an. Während der Zugverkehr mittlerweile größtenteils durch den Katzenbergtunnel geführt wird, fließt der Autobahnverkehr weiterhin nahezu ohne Abschirmung an der Wohnbebauung entlang. Mit Blick auf die betroffene Bevölkerung würde ich mir hier eine Beschleunigung des Verfahrens sehr wünschen!

Die Auslösewerte der Lärmsanierung für bestehende Bundesfernstraßen wurden zum 01.08.2020 um 3 dB(A) abgesenkt. Sie liegen demnach z.B. für reine und allgemeine Wohngebiete bei 64 dB(A) am Tag und 54 dB(A) in der Nacht. Die letzte Bundesregierung hatte damit erreicht, dass die Anwohner an bestehenden Bundesfernstraßen grundsätzlich

umfangreicher vor Lärm geschützt werden können als dies bisher möglich war. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass das Bundesministerium für Digitales und Verkehr zum einen ein Lärmsanierungsprogramm aufstellt und zum anderen grundsätzlich bei der Planung von baulichen Erhaltungsmaßnahmen geprüft wird, ob entsprechende Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen dieser Lärmsanierung durchgeführt werden können.

Augenblicke



... mit Brigitte Dreyer aus Rheinfelden, der ich eine CDU-Tasse vom Bundesparteitag mitgebracht habe... beim Unterschreiben der Weihnachtsgrüße für unsere Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz ...



... Besuch meiner Freunde von der Narrengilde Lörrach im Bundestag... am 1. Advent ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

28. November - 02. Dezember Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 03. Dezember

Bezirksvorstand Frauenunion Südbaden

14:30-15:30 Uhr Dreikönigsklopfen für Chinderlache e.V., Lörracher

Weihnachtsmarkt

16:00-17:00 Uhr Losverkauf auf dem Lörracher Weihnachtsmarkt, Aktion "Leser helfen notleidenden Menschen!"

Montag, 05. Dezember

18:00 Uhr Podiumsdiskussion: „Geopolitische Zeitenwende - worauf es jetzt für Deutschlands Sicherheit und Wohlstand ankommt“ mit Thorsten Frei
MdB, Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Veranstaltungsort: Hotel Löwen, Schopfheimer Str. 2, 79669 Zell im Wiesental

Dienstag, 06. Dezember

18:00-19:30 Uhr: DialogWERKSTATT „Freiheit versus Gesundheit? – Pro und Contra zur geplanten Cannabis-Legalisierung“

Teilnahme via Webex [hier](#). Sie finden den Link auch auf meiner Homepage.

Donnerstag, 08. Dezember

Besuch der deutsch-französischen Brigade in Müllheim

Besuch von Sepp Müller MdB, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion im Wahlkreis und gemeinsamer Termin mit der Reha-Klinik Bad Bellingen und dem Herzzentrum Bad Krozingen

Runder Tisch "Lieferprobleme von Medikamenten und Medizinprodukten" mit Sepp Müller MdB und Chefarzten, Apothekern und Pharma-Unternehmen

Freitag, 09. Dezember

CDU Bezirksvorstand Südbaden

Samstag, 10. Dezember

10:00-12:00 Uhr Waffel- und Suppenverkauf für KIWANIS Lörrach e.V. auf dem Lörracher Weihnachtsmarkt

11. Dezember - 14. Dezember 3. Wahlkreisfahrt nach Berlin

12. Dezember - 16. Dezember Plenarwoche Bundestag Berlin

Donnerstag, 15. Dezember

Sitzung des Verwaltungsrats des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in Paris

Mittwoch, 21. Dezember

07:30-9:30 Uhr Gespräch mit dem BNI-Unternehmens-Netzwerk

Besuch der Caritas-Sozialstation Neuenburg

Informationsgespräch Glasfaserausbau Münstertal/Staufen

Sitzung des Kreistags Lörrach in Schopfheim

Donnerstag, 22. Dezember

Besuch der Caritas-Sozialstation in Rheinfelden

24. Dezember Heilig Abend

Ein gesegnetes Weihnachtsfest!



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de